

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich darf Sie alle sehr herzlich zum heutigen Koblenzer Forum zur Verteidigungspolitik begrüßen. Ich freue mich, dass unsere Veranstaltung auf Ihr großes Interesse stößt. Mein besonderer Dank gilt dabei dem Hausherrn, Herrn Brigadegeneral Bach, dafür, dass wir heute unser Forum hier durchführen können. Diesen Dank möchte ich auch an alle richten, die im Vorfeld zum Gelingen dieser Veranstaltung aktiv beigetragen haben. Insbesondere Herrn Oberstleutnant Hagedorn vom Zentrum Innere Führung, Herrn Zelt von der Molinari-Stiftung sowie meinen treuen Mitarbeitern Rene Hoffmann, Cornelius Kunz, Ilka Schantz und Lena Knabe.

Mein besonderer Gruß gilt natürlich vor allem meinen Mitveranstaltern, der Karl-Theodor-Molinari-Stiftung mit ihrem Bundesvorsitzenden Oberstleutnant Kirsch sowie dem Förderkreis Deutsches Heer und dessen Präsidenten, General a.D. Manfred Dietrich. Sie waren von Anfang an mit Herz dabei. Ebenso bedanke ich mich bei der Firma IABG, die diese Veranstaltung ebenfalls unterstützt hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

wir haben diesen Ort mit Bedacht ausgewählt, denn die Geschichte der Stadt **Koblenz** ist seit jeher eng mit Streitkräften verbunden. Bereits die Römer bauten hier im 1. Jahrhundert eine befestigte städtische Siedlung. Ob 30-jähriger Krieg, Pfälzischer Erbfolgekrieg oder Befreiungskriege, Koblenz war immer Teil des Geschehens. Im 19. Jahrhundert wurde die damalige Hauptstadt der preußischen Rheinprovinz zu einem der mächtigsten Festungssysteme in Europa ausgebaut. Nach ihrer weitgehenden Zerstörung im 2. Weltkrieg zogen wiederum deutsche Soldaten der neu aufgestellten Bundeswehr in Koblenzer Kasernen ein und machten sie zur größten Garnisonstadt während des Kalten Krieges. Bis heute ist Koblenz der wichtigste Standort des deutschen Heeres.

Daneben erfüllen hier das Heeresführungskommando, das Sanitätsführungskommando, das Bundeswehr-Zentralkrankenhaus, das Zentrum

Innere Führung, das Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung, das IT-Amt der Bundeswehr und die Wehrtechnische Dienststelle 51 ihre wichtigen Aufgaben.

Während dieser Eingangsbemerkungen werden in den Köpfen der meisten von Ihnen persönliche Erinnerungen, Erfahrungen, längst vergessene Fakten oder auch ein Gefühl des Stolzes auf die militärhistorisch geprägte Vergangenheit dieses Standortes aufgetaucht sein. Entweder konnte man sich in diesen Zeiten wehrhaft verteidigen oder aber die Unterwerfung unter einen fremden Eindringling hat der Kultur dieser Region einen besonderen Stempel aufgedrückt, der bis in die heutigen Tage wirkt und Teil unseres Selbstverständnisses geworden ist. Ich darf hier nur an die Zeit der Römer oder der Franzosen erinnern. Der Berufsstand des „Kriegers“ gehörte damals selbstverständlich zu einer Nation und hat in weiten Teilen Politik erst möglich gemacht.

Nach den traumatischen Erfahrungen zweier Weltkriege befinden wir uns nach Jahrzehnten des Friedens und des immerwährenden Aufstiegs in einem Zeitabschnitt, in dem soldatisches Handeln, Krieg, Verwundung und Tod in unsere Gesellschaft eindringen, die unter dem Motto „Nie wieder“ ihr Selbstverständnis aufgebaut hat und auch ein Stück weit Genesung von der eigenen Vergangenheit erfahren konnte.

7000 - in früheren Jahren sogar bis zu 10.000 - deutsche Soldatinnen und Soldaten verrichten heute ihren Dienst außerhalb der deutschen Grenzen, für deren Sicherung die Bundeswehr nach dem 2. Weltkrieg überhaupt erst wieder denkbar geworden war. Unter Begriffen wie „Frieden schaffen“, „Stabilisieren“, „Aufbauen“ wurde dieser Dienst in den letzten Jahren begründet und weitestgehend toleriert. Hinzu kam die politische Legitimation von Auslandseinsätzen mit ihrer Mandatierung durch das deutsche Parlament. Es entstand die sogenannte „Parlamentsarmee“. Dies sicher auch gegen einige Kritik und gegen innere Widerstände. Es war für manchen in der Bundeswehr ungewohnt, sozusagen von militärischen „Amateuren“ die Rechtfertigung und die Rahmenbedingungen eines Auslandseinsatzes diktiert zu bekommen.

Ich bin jedoch davon überzeugt, dass es gerade dieser Umstand ist, der heute erheblich dazu beiträgt, dass sich das häufig zitierte „freundliche Desinteresse“ zu einer aktiven Begleitung und zu einer höheren Sensibilität für die Bundeswehr gewandelt hat. Wann in der jüngeren Vergangenheit wurde so intensiv über politische Legitimation, über Auftrag, Schutz und Ausrüstung, über Beschaffung, Wehretat, Wehrpflicht, über den Soldatenberuf, die Nachwuchsgewinnung, die Auszeichnung für Tapferkeit, über das Gedenken an Gefallene und vieles mehr umfassend diskutiert und teilweise auch leidenschaftlich gestritten?

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben uns darüber hinaus die Bedeutung, aber auch die Schwierigkeiten innerhalb eines kollektiven Verteidigungsbündnisses aufgezeigt. Zahlreiche Unterschiede bei den nationalen Interessen der einzelnen Mitglieder, bei der Ausbildung und Ausrüstung der nationalen Armeen, bei der internen Kommunikation und bei den politischen Schwerpunktsetzungen der jeweiligen Verbündeten werfen die Fragen auf: „Wie gehe ich mit meinen Soldaten um? Was verlange ich von ihnen und was bin ich bereit, dafür zu tun?“

Dies alles sind problematische Punkte, die sich hoffentlich bei genügend großen Anstrengungen zumindest mittelfristig lösen lassen. Das, was jedoch als Hintergrundmusik die Debatten und Entscheidungen mitbestimmt, sei es unter den Soldaten selbst, bei den politischen Entscheidern, bei Industrievertretern, Journalisten oder bei unserer Bevölkerung ist ein latentes Unbehagen darüber, ob das, was wir in den letzten Jahren mit ungestüme Intensität erleben, nämlich den Umbau unserer Weltordnung, wirklich den Einsatz militärischer Mittel mit all den damit verbundenen Konsequenzen erfordert. Oder ob wir – und ich bitte dies jetzt nicht falsch zu verstehen – nicht irgendwie um dieses Dilemma herum laviieren können, sei es durch große politische Zurückhaltung, durch den Gebrauch von semantischen Umschreibungen oder von selektierten Informationen, durch das Uminterpretieren von Tatsachen oder auch durch ein unbeirrtes Festhalten am eigenen, vertrauten Weltbild.

Auf dieses Dilemma nehmen jedoch die Menschen und die Konflikte in den Regionen, in denen die Bundeswehr im Einsatz ist, wenig Rücksicht. Diese Konflikte,

zu deren Lösung wir ja gerade beitragen wollen, haben längst ihre eigene Dynamik entwickelt und erfordern ein hohes Maß von Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten. Jede falsche oder verzögerte Reaktion kann Menschenleben kosten und politische Lösungen erschweren.

Deshalb haben wir als Titel für die heutige Veranstaltung auch die schlichte Frage gewählt: **Für die Zukunft gerüstet? Die Bundeswehr als Armee im Einsatz.**

Welche politischen, militärischen und strukturellen Konsequenzen haben diese dynamischen Veränderungen in der Welt für die Bundeswehr, unser wichtigstes verteidigungspolitisches Instrument?

Von der Neuaufstellung deutscher Streitkräfte nach dem 2. Weltkrieg bis hin zu der teilweise intensiven Aufstandsbekämpfung in den letzten Wochen in Afghanistan war es ein langer Weg.

Eric Gujer von der Neuen Zürcher Zeitung hat es in einem bemerkenswerten Artikel über das schwere Nachkriegserbe der Bundeswehr vor knapp zwei Jahren so formuliert:

„Irgendwann in den neunziger Jahren muss sich die Bundeswehr aufgelöst haben. Seither existieren zwei deutsche Streitkräfte nebeneinander her. Die eine befindet sich in Afghanistan, auf dem Balkan, vor der libanesischen Küste, im Kongo oder am Horn von Afrika. Die andere beschäftigt sich mit dem KVP, dem Kontinuierlichen Verbesserungsprozess.“

Es wird eine der zentralen Herausforderungen für Politik und Bundeswehr in den nächsten Jahren sein, diesen Spagat zu meistern.

Die Bundesregierung hat zwar mit dem **Weißbuch in 2006** einen ersten zaghaften Schritt zu einer Neuformulierung der **sicherheitspolitischen Interessen** Deutschlands gemacht. Ich hätte mir diesen Schritt an manchen Stellen jedoch etwas mutiger gewünscht. Meine Unionskollegen Christian Schmitt und Karl-Theodor zu

Guttenberg formulierten wohl auch deshalb mit Blick auf das Ende des Kalten Krieges am 07. Januar 2008 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung – also zwei Jahre nach Erscheinen des Weißbuches - folgendes :

„Knapp zwei Jahrzehnte später sind die **Konsequenzen noch nicht gezogen**, die sich aus dem Übergang von der vormals strukturell betonierten Sicherheitslage zu einem Konglomerat wiederbelebter regionaler und ethnischer Konflikte sowie neuer Verteilungs- und Dominanzkonflikte ergeben. In solch einer Lage ist es unerlässlich, sich der **eigenen Werte**, der **eigenen Interessen** und der Wege ihrer Verwirklichung zu vergewissern.“

Es fällt deshalb schon auf, dass die jetzige Bundesregierung trotz der fundamental veränderten globalen Rahmenbedingungen weitgehend an den Leitlinien der Außen- und Sicherheitspolitik aus der Zeit vor 1989 festhält. Das ist kein Makel und durchaus gerechtfertigt, doch wären neue, konkretere und klarere Formulierungen sehr hilfreich gewesen, um die Prioritäten für das eigene politische Handeln festzulegen.

Gerade auch in einer Zeit, in der die internationale Komplexität und Abhängigkeit voneinander massiv zunimmt und Dinge wie die revolutionären technischen Erneuerungen im militärischen Bereich, Rohstoffversorgung, Rohstoffsicherung, Sicherung des Warenverkehrs, Umweltschutz, Migration, nukleare Proliferation, Terrorbekämpfung, Informationskrieg und anderes immer stärker an Bedeutung gewinnen. (Beispiel Atalanta).

Derzeit werden unsere nationalen Interessen, die einen Einsatz von Streitkräften begründen, quasi erst durch den Beschluss über die Mitwirkung an einem weiteren Auslandseinsatz bestimmt. Ipso facto wird das Erreichen des jeweiligen Missionszwecks als deutsches Interesse definiert. Dies garantiert zwar ein hohes Maß an politischer Flexibilität, wird aber dem Selbstverständnis des bevölkerungsreichsten und wirtschaftlich stärksten Staates in der Europäischen Union nur unzureichend gerecht. Deutschland sollte daher den Mut haben, eigene Interessen über Selbstverständlichkeiten hinaus deutlicher als bisher zu formulieren und sie in ihr sicherheitspolitisches Handeln einfließen lassen.

Seit Jahren ist absehbar und inzwischen auch anerkannt, dass die **Teilnahme an internationalen Einsätzen zur Krisenbewältigung und Konfliktverhütung im Rahmen von NATO und EU die zukünftige Hauptaufgabe der Bundeswehr sein wird**. Daher muss die **Struktur der Bundeswehr** konsequent auf diese Einsätze ausgerichtet werden.

Wie ich bereits eingangs erwähnt habe, hat sich die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages zu den Einsätzen der Bundeswehr bewährt. Die Befassung des Deutschen Bundestages garantiert auch eine breite öffentliche Debatte. Deshalb sollte jeglichen Versuchen, diese inzwischen bewährte Praxis zu ändern, eine klare Absage erteilt werden.

Dennoch müssen wir das **Parlamentsbeteiligungsgesetz an einigen Stellen weiterentwickeln**. Neben einem wünschenswerten **Entsendeausschuss** für geheimhaltungsbedürftige und besonders eilbedürftige Auslandseinsätze kann ich mir persönlich auch eine **erweiterte Praxis bei der Mandatierung** vorstellen. Was spricht denn dagegen, im Rahmen des vielzitierten „comprehensive approach“ auch die polizeilichen und zivilen Aufbauleistungen in einem Gesamtmandat zusammenzufassen und bei einer möglichen Verlängerung des Mandats einer parlamentarischen Überprüfung zu unterziehen? Neben einer Verbesserung der Koordination und Kooperation zwischen den beteiligten Ressorts käme man auch zu einem einheitlichen Mandatsverständnis sowie zu der notwendigen Transparenz für unsere Bevölkerung.

Die Bundeswehr benötigt heute schlankere, zugleich aber verlässlichere Strukturen. Sie ist viel zu kopflastig und unterhält viel zu viele Führungskommandos. Die Entscheidungswege sind zu lang, zu unverständlich und sie behindern sich oft gegenseitig. Eine überbordende Bürokratie wird zu einem Einsatzhemmnis par excellence, wie ich mich bei meinem Truppenbesuch in Afghanistan in dieser Woche wieder einmal eindrucksvoll überzeugen konnte.

Auch die strikte Unterscheidung in Eingreif-, Stabilisierungs- und Unterstützungskräfte ist aufzugeben. Diese Unterteilung führt zu unerwünschten Fehlentwicklungen in der Bundeswehr, denn grundsätzlich müssen gut ausgebildete Bundeswehrsoldaten in allen Operationsformen einsatzfähig sein. Die aktuelle Unterteilung diene vorwiegend der Kaschierung finanzieller und materieller Defizite und die heute so bezeichneten und überwiegend eingesetzten „Stabilisierungskräfte“ erhalten das für ihren Auslandseinsatz notwendige Material oft erst um Jahre verspätet und dann in viel zu geringen Stückzahlen.

Die **klare Konzentration auf die Einsätze** belegt außerdem, dass die **Wehrpflicht nicht mehr zeitgemäß** ist. Grundwehrdienstleistende dürfen und sollen nicht in Auslandseinsätzen eingesetzt werden. **Die Wehrpflicht** mag juristisch durch eine Veränderung der Einberufungspraxis zwar kurzfristig legitimiert werden, **sicherheitspolitisch ist sie nicht mehr zu begründen.** Die Aufwuchs- und Mobilmachungsfähigkeit ist durch den Wegfall der Bedrohung für die territoriale Integrität Deutschlands auf absehbare Zeit nicht erforderlich. Eine kleinere Armee, die sich auf professionelle Kräfte stützt, wäre **nach meiner Überzeugung wesentlich besser einsatzfähig** als die gegenwärtige Bundeswehr mit ihren schwerfälligen Strukturen und unübersichtlichen Entscheidungswegen.

Eine **attraktive Freiwilligenarmee** mit einem angemessenen **Potenzial von Kurzzeitdienern**, die auch in Auslandseinsätzen eingesetzt werden können, wäre hier eine diskussionswürdige Alternative. Kurzzeitdiener, die sich beispielsweise freiwillig bis zu 24 Monaten verpflichten könnten, wären das geeignete Potenzial für die Nachwuchsgewinnung bei der Bundeswehr. Sie wären besser ausgebildet als Grundwehrdienstleistende und hätten die Möglichkeit, sich aus vollem Herzen für den dauerhaften Dienst bei der Bundeswehr zu entscheiden. Eines der Hauptargumente für die Beibehaltung der Wehrpflicht, nämlich der privilegierte Zugriff auf den Arbeitsmarkt, würde damit überflüssig.

Anrede,

Es besteht ein breites Einvernehmen darüber, die Bundeswehr besser als bisher für die Notwendigkeiten der Einsätze auszurüsten. Das wird in den nächsten Jahren bei einem absehbar stagnierenden Verteidigungshaushalt sicher keine leichte Aufgabe sein. Ein Großteil der Mittel für die nächsten Jahre ist an Großprojekte gebunden, deren Einsatzrelevanz häufig nicht erkennbar ist. Mittel müssen nicht nur für deren Beschaffung, sondern auch für ihre Wartung, Instandsetzung und die Ausbildung an den neuen Systemen bereit gestellt werden. Deshalb müssen die im Verteidigungshaushalt vorhandenen Gelder intelligenter als bisher ausgegeben werden. Die Ausrüstungsplanung muss sich konsequent an der **mittelfristigen Einsatzrealität** orientieren und nicht an dem häufig verbreiteten Wunschdenken innerhalb der Teilstreitkräfte.

Ich bin froh, dass die Bundeswehr in den letzten Jahren ihre Ausrüstungssituation im Bereich der geschützten Fahrzeuge und im Schutz gegen Sprengfallen verbessern konnte. Auch ein Einstieg in den Feldlagerschutz ist gelungen. Dennoch sind wir in den Einsätzen noch weit von einer befriedigenden Ausrüstungssituation entfernt. Die Anzahl der verfügbaren geschützten Fahrzeuge in den verschiedenen Schutzklassen schränkt noch immer die Flexibilität der Bundeswehr im Einsatz ein, der Bedarf an verfügbaren Hubschraubern, Transportflugzeugen und an unterschiedlich konfigurierten unbemannten Aufklärungsmitteln ist groß.

Darüber hinaus fehlt es immer wieder an so vermeintlich kleinen Dingen wie modernen Nachtsichtgeräten, Schutzbrillen, Westen und vieles mehr. Die Truppe hilft sich pragmatisch durch Notbehelfe und Eigenkonstruktionen, bewegt sich damit aber gezwungenermaßen häufig am Rande der Legalität. Daher tun wir uns keinen Gefallen damit, wenn wir die Klagen der Soldaten im Einsatz als „Jammern auf hohem Niveau“ bezeichnen und die private Anschaffung von persönlicher Ausrüstung pauschal als Verselbständigungstendenz bei jungen Soldaten abtun. Wir alle konnten uns von der hohen Motivation, der Leistungsfähigkeit und der Fähigkeit zur Verantwortung unserer Soldaten bei den jüngsten Vorfällen in Kunduz überzeugen. Als ich Anfang dieser Woche dort war, bei unserer QRF, bei den

OMLT`s, bei den Patrouille-Soldaten, bei den Logistikern, war ich einfach nur stolz auf sie. Wir sollten deshalb diese Besorgnisse ernst nehmen. Wir haben nicht zu viele Kümmerer, wir haben zu wenig Problemlöser!

Und lassen Sie mich gerade an dieser Stelle auch einmal an die herausragenden Leistungen der Soldatinnen und Soldaten unserer alliierten Partner in Afghanistan erinnern, die unter denkbar schlimmsten Voraussetzungen ihre Haut tagtäglich auch für uns zu Markte tragen. Es ist dringend an der Zeit, diesen Soldatinnen und Soldaten aus tiefstem Herzen zu danken und an das Leid zu erinnern, das die Angehörigen der vielen Gefallenen zu tragen haben!

Anrede,

Der Dienst in der Bundeswehr muss wesentlich **attraktiver** werden. Infolge zukünftiger geburtenschwacher Jahrgänge drohen der Bundeswehr massive Probleme bei der Gewinnung von geeignetem Nachwuchs. Es hängt aber nicht nur vom demographischen Faktor, sondern auch von der **Attraktivität des Berufsbildes** selbst ab. Dies wird durch **Gehaltshöhe, Weiterbildungsmöglichkeiten, Versetzungshäufigkeit sowie durch die Versorgung im Falle der Verwundung und durch die Vereinbarkeit von Dienst und Familie beeinflusst**. In manchen Bereichen sind in dieser Legislaturperiode Gott sei Dank schon einige Erfolge erzielt worden. Die gelungene Integration von Frauen in die Bundeswehr hat gezeigt, dass in Zukunft eine zielgruppenorientierte Rekrutierung immer wichtiger wird. Die Frage, wie Familie und Dienst in Einklang zu bringen sind, muss **endlich als eine ureigene Aufgabe der Bundeswehr betrachtet werden, nicht nur in Worten, sondern auch in Taten**.

Dass in den „weichen“ Feldern der Verteidigungspolitik erheblicher Nachholbedarf besteht, zeigt beispielsweise die dramatische personelle Entwicklung im Sanitätsdienst. Hier findet eine Abstimmung mit den Füßen statt, wie sie die Bundeswehr bisher noch nicht erlebt hat. Der Aufbau des Sanitätsdienstes als selbständiger Organisationsbereich neben den Teilstreitkräften ist keine Erfolgsgeschichte. Die Vielzahl der Sanitätskommandos und -ämter verhindert

geradezu ein flexibles und schnelles Handeln und Umsteuern bei erkennbaren Missständen. Wenn die Soldaten im Einsatz sich bisher uneingeschränkt auf ihre „Sanis“ verlassen konnten, lag dies an dem hohen Leistungswillen und der persönlichen Motivation der Besagten. Dies darf sich nicht ändern!

Anrede,

ich habe mit diesen Worten nur einen oberflächlichen Abriss der Themen geben können, die uns Verteidigungspolitiker tagtäglich bewegen. Hoffentlich habe ich Ihr Interesse für unsere Veranstaltung noch mehr geweckt. Vieles davon wird nicht neu sein, viele „Ladenhüter“ sind dabei, mit denen sich die Bundeswehr herumschlagen muss und die sich eine moderne Streitkraft einfach nicht mehr leisten darf. Ich bin jedenfalls sehr gespannt auf die nachfolgenden Ausführungen unserer Gäste. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.